

Tagesordnung I Punkt 20 der öffentlichen Sitzung am 29.11.2006

Vorlage Nr. 06-F-25-0039

Gerichtsentscheidungen zu Hartz- IV

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis90/DIE GRÜNEN und FDP vom 22.11.2006

Vorbemerkung

Das Bundessozialgericht hat vor wenigen Wochen erstmals in mehreren Entscheidungen die Ansprüche von Hartz-IV-Empfängern präzisiert. Dies betrifft:

- a) Suche nach angemessener Wohnung (Az.: B 7b AS 10/06 R)**
- b) Zusätzliche Leistungen wegen der Ausübung des Umgangsrechts mit Kindern (vgl. Az.: B 7b AS 14/06 R)**
- c) Anspruch auf Arbeitslosengeld II trotz Eigentumswohnung (vgl. Az.: B 7b AS 2/05 R)**

Mit allen drei Entscheidungen wurden die Urteile der unteren Instanzen aufgehoben und die Streitigkeiten zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an die zuständigen Gerichte zurückverwiesen. Das Sozialgericht hat mit seinen Urteilen die Rechte von Hartz-IV-Empfängern gegenüber den Behörden in einigen Punkten gestärkt, indem es vor allem individuellere Einzelfallprüfungen einfordert.

Aus diesem Grund bittet der Sozialausschuss den Magistrat zu berichten:

- Wie wurde in Wiesbaden bisher in diesen oder vergleichbaren Fällen entschieden?**
- Ist auf Grund der Urteile des Bundessozialgerichts in Wiesbaden mit ähnlichen Klagen zu rechnen?**
- Hat die Stadt Wiesbaden bereits Maßnahmen ergriffen, welche die Entscheidungen des Bundessozialgerichts berücksichtigen? Werden zukünftig andere Maßstäbe und Kriterien als Entscheidungsgrundlage herangezogen?**
- Welche Rechtsprechung hat es darüber hinaus im Bereich von Hartz-IV gegeben, die Auswirkungen auf die Arbeit der Wiesbadener Sozialverwaltung hatten?**
- Auf welche Bereiche haben sich bisherige Klagen von Hartz-IV-Empfängern gegen die Stadt Wiesbaden bezogen?**

Beschluss Nr. 0145

Der gemeinsame Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 22.11.2006 betr.

Gerichtsentscheidungen zu Hartz-IV

wird angenommen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2006

Diers
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .12.2006

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .12.2006

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung
Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister